

NZZ

«Die totale Kontrolle der Beamten über die Bauern»: Die Landwirte proben den Aufstand gegen den Bund

Dem wichtigsten Digitalisierungsprojekt des Bundesamtes für Landwirtschaft droht ein Scherbenhaufen. Eine Gruppe Agrarunternehmer ruft zum Boykott auf, die Politik will die Bauern vom Mitmachen befreien. So bringt das 7,5 Millionen Franken teure Datenportal Digiflux nicht mehr viel.

Georg Humbel

23.11.2024, 21.45 Uhr ⌚ 5 min



Die Bauernproteste flammen wieder auf: Diesmal richtet sich die Wut gegen das neue digitale Tool des Bundes.

Valentin Flauraud / Keystone

Einen solchen Aufruf hat es noch nie gegeben: Mit einem ganzseitigen Inserat in der Bauernzeitung rufen über 50 Agrarfirmen zum Rechtsbruch auf. «Keine Digiflux-Meldungen!», steht über dem Boykottaufruf. Die Betriebe und rund 200 Privatpersonen haben sich zum Verein «nichtszumelden.ch» zusammengeschlossen. Sie alle wollen dem neuen Portal des Bundes keine Daten liefern.

Kilian Zwick ist eigentlich alles andere als ein Rebell. Ein grundsolider Familienvater aus dem Thurgau. Doch jetzt reicht es ihm. «Das Ganze ist ein Widerstand gegen die Auswüchse und den Kontrollwahn der Beamten», so Zwick. Er ist Gründungsmitglied und Präsident des Vereins. «Wir sind alles Unternehmer und gesetzestreue Bürger. Und wir wollen das auch bleiben.» Doch wenn die Bürokratie weiterhin so wachse, sei das eine Überforderung. Der Ostschweizer ist Geschäftsführer der Aachtal Futter AG und selber im Nebenerwerb Landwirt. Im Betrieb und auf dem Hof wachse der administrative Aufwand jedes Jahr und habe ein unerträgliches Mass angenommen.

Was treibt die Bauern und Betriebe derart auf die Palme? Der Bund ist zurzeit daran, eine neue digitale Plattform aufzuschalten. Digiflux heisst das Tool, das wichtigste Digitalisierungsprojekt des Bundesamtes für Landwirtschaft. Mit

dem Portal sollen neu gesamtschweizerisch die Warenflüsse von Pflanzenschutzmitteln, Dünger und Tierfutter erfasst werden. Vom Händler bis zum Bauern gilt: Alle müssen die entsprechenden Daten digital erfassen. Aber auch Gartenbau- oder Forstbetriebe müssen dem Bund Daten liefern. So soll eine Gesamtübersicht entstehen, wann und wo hierzulande Pestizide und Hilfsstoffe eingesetzt werden.

«Das ist die totale Kontrolle der Beamten über die Bauern und Verbraucher. Ein bürokratisches Monster», kritisiert Zwick. Er habe den Eindruck, das Bundesamt für Landwirtschaft habe ein grosses Computerspiel entwickelt und zwingt nun alle, damit zu spielen. «Aber da machen wir nicht mit. Wir liefern keine Daten.»

«Diese Vehemenz ist neu», sagt das Bundesamt

Das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) reagiert erstaunt. «Wir haben zur Kenntnis genommen, dass sich eine Gruppe der Meldepflicht widersetzen will», sagt der Direktor Christian Hofer. Was macht das Amt, wenn die Betriebe wirklich nicht liefern? «Ich gehe davon aus, dass sich alle an das Gesetz halten werden und möchte heute nicht über ein anderes Szenario spekulieren», sagt Hofer. Denn er ist überzeugt, dass sein Amt bei der Einführung sehr viel richtig gemacht habe.

Sonntag»



November

Zeitung bestellen →

Die Entwickler hätten Bauernhöfe besucht, den direkten Kontakt mit den Anwendern gesucht. «Wir haben wirklich die Hand gereicht für eine einfache und praxisorientierte Lösung.» Die ersten Betriebe, die das Tool einsetzen würden, seien davon überzeugt. Hofer betont, dass die Landwirte bereits heute dokumentationspflichtig seien. «Wir stellen ihnen neu einfach ein digitales Tool zur Verfügung.» Digiflux könne die Betriebe administrativ entlasten und die Papierflut reduzieren. Aus Rücksicht auf die Bauern hat der Bund die Einführung um ein Jahr verschoben. Dann

hat er auch noch markante Erleichterungen zugesichert. «Wir haben wirklich keinen Aufwand gescheut», betont Christian Hofer. Doch das alles vermag die Gegner nicht zu überzeugen. Digiflux ist bei den Hardlinern geradezu zum Symbol für die ausufernde Bürokratie des Bundes geworden. «Bei der Einführung von neuen Systemen gab es auch früher Widerstände», sagt Hofer. «Doch diese Vehemenz ist neu.»

Doch nicht nur die Bauern sind aufgebracht. Auch die Gegenseite ist ausser sich. «Das ist richtig frech», sagt Franziska Herren zum Boykottaufruf der Agrarfirmer. «Das sind die grossen Profiteure der heutigen milliardenteuren Agrarpolitik.» Digiflux wäre ein grosser Schritt zu mehr Transparenz, sagt die Kämpferin für sauberes Trinkwasser. «Wir würden endlich sehen, wie viel zu viel Gülle und Gift wir auf unseren Feldern ausbringen.» Heute gebe es hierzu viel zu wenig genaue Daten.

Herren verweist darauf, dass viele Schweizer Bäche und Flüsse mit Pestiziden belastet sind und die Grenzwerte regelmässig überschritten werden. Die

Überdüngung lasse die Mittellandseen ersticken, und die hohen Tierbestände würden sehr viel Ammoniak freisetzen und massiv zur Luftverschmutzung beitragen.

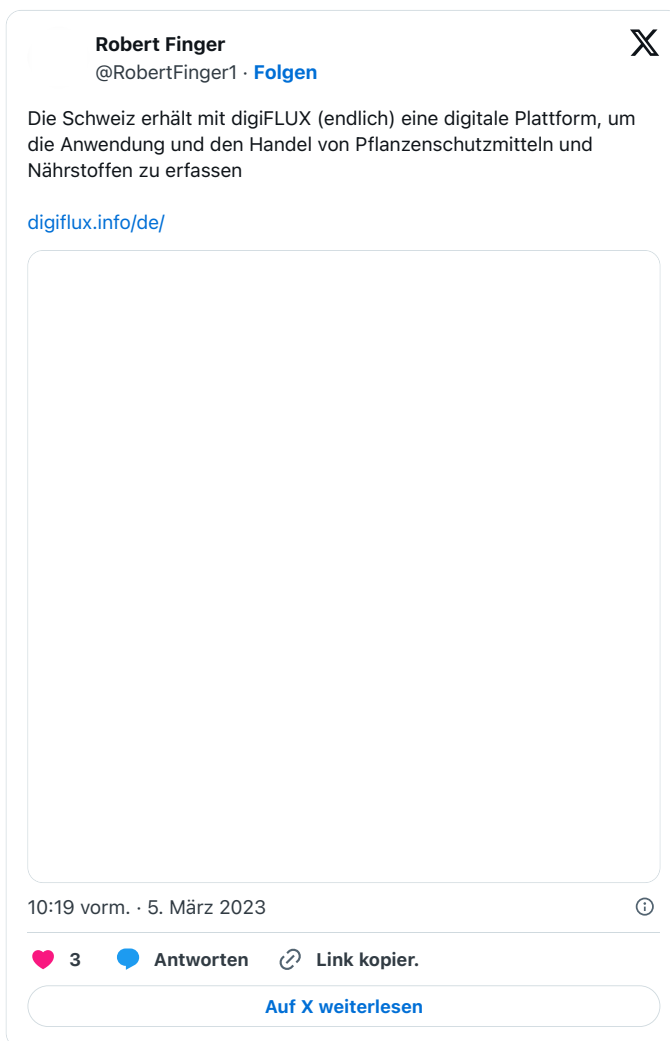
Aber für die Naturschützerin geht es noch um viel mehr. Für sie hat der Aufstand gegen Digiflux eine staatspolitische Tragweite: «Diese Transparenz zu schaffen war ein grosses Versprechen an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.» Wenn das Projekt nicht umgesetzt werde, habe die Politik die Bevölkerung einmal mehr angelogen und falsche Versprechungen gemacht.



Karin Hofer / NZZ

Tatsächlich hat das Parlament die Mitteilungspflicht für Pestizide und Dünger 2021 als indirekten Gegenvorschlag beschlossen. Mitten im Abstimmungskampf gegen die Trinkwasser- und die Pestizidinitiative hat die Politik damals ein ganzes Massnahmenpaket verabschiedet und damit den Volksbegehren den Wind aus den Segeln genommen. Nun, nur drei Jahre später, kommen aus dem Bundeshaus ganz andere Signale.

Diesen September hat das Parlament überraschend einem Vorstoss des SVP-Nationalrats Nicolas Kolly zugestimmt. Kolly fordert, dass die Bauern von der Meldepflicht bei Digiflux ausgenommen werden. Der Bundesrat hat sich entschieden dagegen ausgesprochen. Die Meldepflicht jetzt wieder aufzuheben, verstosse «gegen Treu und Glauben», warnte die Landesregierung.



Die Mehrheit des Nationalrats hat diese mahnenden Worte nicht beeindruckt. «Die Bauernfamilien schaffen das alles einfach nicht mehr», begründet Kolly seinen Vorstoss. Bei Digiflux würden Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen. «Bei Pestiziden ergibt es vielleicht noch Sinn, sie genau zu erfassen.» Das sei schon heute der Fall. Aber bei Dünger und Futter sei es geradezu bizarr, jeden Sack digital zu registrieren. «Die neue Meldepflicht geht viel zu weit.» Wer zwölf bis dreizehn Stunden lang auf dem Feld gearbeitet habe, könne nicht jeden Abend noch an den Computer hocken und Dutzende Zahlenreihen eintippen, so der SVP-Nationalrat.

Millionenteure Entwicklung für wenig User

Kolly kann die demokratiepolitischen Bedenken ein Stück weit nachvollziehen. Doch die Belastung für die Bauern sei dermassen hoch, dass die Einführung von Digiflux das Fass zum Überlaufen bringe. Und der politische Druck wird weiter zunehmen: Anfang November hat der Kanton St. Gallen eine Standesinitiative eingereicht und fordert weitere Ausnahmen bei der Meldepflicht. Diese wird von den Gegnern des Projekts offensichtlich systematisch ausgehöhlt.

Bleibt die Frage, wer am Schluss überhaupt noch etwas melden müsste. «Das ist ein Witz», sagt Franziska Herren. «So bringt es überhaupt nichts mehr. Das System wurde extra für die Landwirtschaft aufgebaut.» Ausgerechnet die Bauern

von der Meldepflicht auszunehmen, führe das Ganze ad absurdum. Herren spricht von einer «schamlosen Machtdemonstration der Bauernlobby». So würden zig Millionen Franken Steuergeld in den Sand gesetzt.

«Wenn die Bauern ausgenommen sind, fehlt tatsächlich eine grosse Nutzergruppe», räumt Christian Hofer ein. Das wäre schade, weil die Transparenz letztlich im Interesse der Landwirtschaft sei, betont der Direktor des BLW. Der Aufbau der Plattform kostet rund 7,5 Millionen Franken. Viel Geld für ein Tool, bei dem immer weniger mitmachen sollen. Hofer ist trotz allem überzeugt, dass das Projekt doch noch in der Breite eingeführt werde. «Wenn die Bäuerinnen und Bauern Digiflux kennen und damit arbeiten, werden viele sagen: Doch, das ist eine gute Sache».

So hofft der Direktor.

Passend zum Artikel



Die Bauern klagen über unzählige Vorschriften – und doch fällt ihnen der Abschied von der Bürokratie schwer

30.05.2024 ⌚ 5 min



Weizen statt Bratwurst? Parmelin ist die «Vegi-Initiative» zu radikal

13.11.2024 ⌚ 2 min

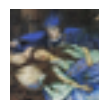


Mehr von NZZ am Sonntag >



Neue Schreckensmeldung für die AHV: Bei der Invalidenversicherung entsteht plötzlich eine Milliardenlücke

23.11.2024 ⌚ 5 min



Das Dornröschen-Syndrom: Sex ohne Verführung, Zustimmung, Erwartung

23.11.2024 ⌚ 5 min



Pelicot-Prozess geht zu Ende: Frankreich sieht seine Kultur der Vergewaltigung

23.11.2024 ⌚ 5 min

